

Mehrwertsteuer: Keine Gnade für Einheitssatz

Bei der Mehrwertsteuer soll es künftig nicht drei und nicht einen, sondern zwei Sätze geben. Dafür hat sich der Nationalrat ausgesprochen. KMU-Vertreter sprechen von einer «verpassten Chance».

EVELINE RUTZ

BERN. «Der Ferrari würde billiger, und das Brot würde teurer.» Damit brachte Caspar Baader (SVP/BL) gestern die Bedenken der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) auf den Punkt. Der vom Bundesrat angestrebte einheitliche Mehrwertsteuersatz sei eine Utopie. Der Bundesrat hatte vorgeschlagen, die heute geltenden drei unterschiedlichen Steuersätze durch einen Einheitssatz von 6,2 Prozent zu ersetzen. «Hier können sie Bürokratieabbau betreiben», sagte Philipp Müller (FDP/AG) gestern im Nationalrat. Auch Ruedi Noser (FDP/ZH) warb für das Prestige-Projekt des ehemaligen Finanzministers Hans-Rudolf Merz. In der aktuellen Wirtschaftslage bringe ein Einheitssatz weit mehr als alle Konjunkturprogramme. Das Wirtschaftswachstum werde um 1 Prozent höher ausfallen.

«Zulasten des Mittelstands»

Geteilt haben diese Argumente allerdings einzig die Grünliberalen. Eine Ratsmehrheit aus SP, Grünen, CVP und SVP wies das Geschäft an den Bundesrat zu-

rück. Sie argumentierte vor allem sozialpolitisch. «Alle Güter des Grundbedarfs würden verteuert», sagte etwa Lucrezia Meier-Schatz (CVP/SG). Mit einem Systemwechsel würden auch das Gesundheitswesen und das Bildungswesen der Mehrwertsteuer unterstellt, was gerade den Mittelstand treffen würde. Mit 128 zu 58 Stimmen sprach sich der Rat schliesslich gegen einen Einheitssatz aus. Er beauftragte den Bundesrat, stattdessen ein Modell mit zwei Sätzen auszuarbeiten.

Wirtschaft ist enttäuscht

Der Schweizerische Gewerbeverband bedauert den Entscheid. «Es wurde eine Chance verpasst», sagt Vizedirektor Marco Taddei. Der Wirtschaft hätten jährlich 300 Millionen Franken an Regulierungskosten erspart werden können. Nun müssten sich die KMU weiterhin mit einem äusserst komplizierten System abmühen. Ebenso enttäuscht reagiert die Economiesuisse. Die Unternehmen müssten weiterhin unnötig «Hunderterte von Millionen Franken in die Alimentierung einer Bürokratie stecken, in der sich selbst Spezialisten nur mit Mühe zurechtfinden». Positiv reagieren die Hotellerie- und die Gastronomie, die sich vom neuen Modell einen reduzierten Satz erhoffen. Der Entscheid nehme die Stossrichtung der Initiative «Schluss mit der MWSt-Diskriminierung des Gastgewerbes» auf, teilte Gastrosuisse mit.

Zwang soll nicht ewig binden

Bei der Zwangsheirat kennt der Nationalrat kein Pardon. In seltener Einmütigkeit ist er für ein schärferes Vorgehen. Der oberste Zivilstandsbeamte sieht Probleme.

CHRISTIAN KAMM

BERN. Für Roland Peterhans, Präsident des schweizerischen Verbands für das Zivilstandswesen, ist jede Zwangsheirat eine zu viel. Trotzdem sagt er: «Ich sehe nicht, wie wir das ernsthaft prüfen können.» Das müssten die Zivilstandsbeamten aber, wenn es nach dem Willen der Politik geht. Der Nationalrat ist einhellig auf die Massnahmen zur verschärften Bekämpfung von Zwangsheiraten eingetreten. Im Zentrum stehen dabei die Zivilstandsbehörden: Sie sollen künftig bei der Vorbereitung einer Trauung abklären, «ob Umstände vorliegen, die erkennen lassen, dass das Gesuch offensichtlich nicht dem freien Willen der Verlobten entspricht».

Die Opfer schützen

«Überhaupt nicht realistisch», sagt der Mann von der Praxis. Wenn die Brautleute den ersten Kontakt mit dem Zivilstandsamt hätten, «dann ist es zu spät», so Peterhans. Die unter Zwang stehende Person habe zu diesem Zeitpunkt bereits resigniert. Und wenn der Zivilstandsbeamte tatsächlich etwas bemerke, beginne das eigentliche Problem erst. «Nicht für uns», sagt Peterhans, «uns passiert ja nichts». Aber für die betroffene Frau könne die Situation sehr schwierig werden.

Das hat auch die Politik erkannt. Eine Minderheit der vorberatenden Kommission will aus diesem Grund die Behörden ge-



Bild: ap

Heirat ja – aber ohne Zwang.

setzlich verpflichtet, für die Beratung und einen angemessenen Schutz der Opfer von Zwangsheiraten zu sorgen. Wie das Parlament entscheidet, ist noch offen – die Detailberatung findet erst in der Frühlingssession statt.

«Wirklich unser Job?»

Anu Sivaganesan von der Informations- und Beratungsstelle Zwangsheirat.ch hat sich bereits entschieden: «Ich wäre sehr enttäuscht, wenn der Opferschutz nicht im Gesetz mitverankert würde.» Ohne ihn könnte die verschärfte strafrechtliche Verfolgung von Zwangsheiraten sogar kontraproduktiv wirken. Ist das Anliegen der Kommissionsmin-

derheit politisch mehrheitsfähig, steht erneut das Zivilstandsamt im Fokus, das, wenn nötig, für entsprechende Massnahmen sorgen soll. Das bringt nicht nur neue Kompetenzen, sondern gleichzeitig auch viel Verantwortung. «Ist das wirklich noch unser Job?», fragt sich der oberste Zivilstandsbeamte Peterhans. Eine Zivilstandsbehörde sei nicht in der Lage, detektivistische Arbeit zu leisten. Man wolle zwar seinen Beitrag zur Verhinderung von Zwangsheiraten leisten, dessen Wirkung dürfe aber nicht überschätzt werden. «Die meisten Zwangsheiraten werden im Ausland geschlossen, nicht in der Schweiz.»

Ausnahmen von der Regel

Anu Sivaganesan sieht die Zivilstandsämter umgekehrt sehr wohl in der Pflicht. «Das Vorgehen sollte verbindlich geregelt werden.» Erreicht werden könne das zum Beispiel mit einer entsprechenden Ausbildung.

Im Parlament zu reden geben werden auch die Ausnahmen, die der Bundesrat plant. Zwangsheiraten sollen demnach bestehen bleiben, wenn die betroffene Frau selber die Ehe weiterführen will. Auch wenn ein Ehepartner minderjährig ist, soll die Verbindung trotz Verbot dann Bestand haben, «wenn es den überwiegenden Interessen der betroffenen Person entspricht». Für beide Ausnahmeregelungen liegen indes Streichungsanträge vor.

Falscher Twitter-Account von Caroni gelöscht

BERN. Eine Nachricht auf dem sozialen Netzwerk Twitter hatte vergangene Woche für Verwirrung gesorgt. Wie die Westschweizer Zeitung «Le Matin» publik machte, schrieb ein Benutzer unter dem Namen «andrea-caroni» während der Bundesratswahl von Eveline Widmer-Schlumpf, sie sei gewählt – noch bevor das Resultat bekanntgegeben wurde. Hatte der Ausserrhodener FDP-Nationalrat Andrea Caroni, der als Stimmenzähler amtierte, das Resultat voreilig ausgeplaudert? Caroni verneint dies vehement. Er habe gar keinen Twitter-Account, sagt er auf Anfrage. Er habe bei Twitter interveniert, um die Meldungen unter seinem Namen zu stoppen. Mittlerweile hat der Verfasser der Nachricht auf der Online-Plattform mitgeteilt, dass er sich einen Scherz erlaubt habe. Es sei nicht Caroni gewesen, der die Nachricht verfasst habe. Anschliessend wurde das Konto gelöscht. Für Caroni ist die Angelegenheit damit erledigt. Als «Schutzmassnahme» habe er nun ein eigenes Twitter-Konto eingerichtet. (tam)



Bild: ky

Andrea Caroni

Stiftung Liner Appenzell
MUSEUM LINER KUNSTHALLE ZIEGELHÜTTE

STEFAN INAUEN

KAMPF UM DIE VORHERRSCHAFT VON LICHT UND DUNKELHEIT

BIS 4. MÄRZ 2012

KUNSTHALLE ZIEGELHÜTTE APPENZELL

WWW.KUNSTHALLEZIEGELHUETTE.CH

ostjob.ch



Für die Schulanlage Ost in Felben-Wellhausen suchen wir infolge internen Stellenwechsels des jetzigen Stelleninhabers auf Beginn des Schuljahres 2012/2013 eine/n

Schulleiterin/Schulleiter (50–60%)

Sie leiten eine Sekundarschule mit rund 120 Schülerinnen und Schülern und 16 Lehrpersonen. Die Schulleitungstätigkeit beträgt 50–60%. Es besteht die Möglichkeit, das Pensum mit Unterrichtslektionen zu ergänzen.

Angaben über das Aufgabengebiet und das Anforderungsprofil finden Sie unter: www.schulen-frauenfeld.ch/Offene Stellen.

Ihre schriftliche Bewerbung senden Sie bis 6. Januar 2012 an: Schulverwaltung Frauenfeld, St. Gallerstrasse 25, Postfach 674, 8501 Frauenfeld.



Willkommen bei Niederer Electronic AG, dem erfolgreichen Hewlett-Packard Gold Partner und Spezialisten für anspruchsvolle, sichere und wirtschaftliche IT-Infrastrukturen.

Wir suchen per sofort oder nach Vereinbarung

Sachbearbeiter/in Backoffice IT

Interessiert? Nähere Informationen zur Stelle und zum Anforderungsprofil finden Sie unter www.niederer.ch/jobs.

Niederer Electronic AG, Auwiesenstrasse 26, 9030 Abtwil



Verkäuferin Gesucht

Für unsere Läden in Tobel und Münchwil suchen wir nach Vereinbarung: Verkäuferinnen, die motiviert, freundlich und mobil sind. Haben Sie Spass am Verkaufen? Dann melden Sie sich bitte per E-Mail oder schriftlich. Vielen Dank
Bäckerei Stüssi GmbH
Hauptstrasse 29, 9555 Tobel
Mail: m.stuessi@gmx.net

stellengesuche

Gesucht Praktikumsstelle 2012

als Kaufmann. Zurzeit besuche ich die HSO SG. Bin aufgestellt und zuverlässig. Freue mich auf einen Anruf von Ihnen. Tel. 079 445 59 98